

Schriftenreihe Band 10500

Patrick Gensing

# Fakten gegen Fake News

oder Der Kampf um die Demokratie



Patrick Gensing, geboren 1974, leitet seit 2017 die neu geschaffene Abteilung „ARD-faktenfinder“, die er aufgebaut hat. Er lebt in Hamburg.

Anmerkung: Zitate und Kommentare aus sozialen Medien wurden nicht korrigiert, alle Fehler im Original

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Bonn 2020  
Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn  
© 2019 Patrick Gensing  
Für diese Ausgabe © Duden 2019  
Bibliographisches Institut GmbH, Berlin  
Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel  
Umschlagfoto: © plainpicture / neubildanstalt / Burkart  
Redaktion: Dr. Ludger Ikaas  
Lektorat: Malte Ritter  
Herstellung: Alfred Trimmes  
Layout und Satz: Schimmelpenninck.Gestaltung, Berlin  
Druck und Bindung: Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin  
ISBN 978-3-7425-0500-2  
www.bpb.de

## Inhalt

7	Vorwort
10	Eine Falschmeldung geht auf Reisen <i>Angela Merkel und die zwölf Millionen Einwanderer</i>
18	Der Kampf um Bayern <i>Wie eine demokratische Wahl diskreditiert wird</i>
25	Ausschwärmen, um zu zerstören <i>Trolle als digitale Plage</i>
34	Die totale Revolution <i>Warum nicht nur junge Leute Medienkompetenz lernen müssen</i>
46	Wie der Staat Tausende Verbrecher ignorierte <i>Ein Boulevardmedium führt in die Irre</i>
52	Von Köln nach Schorndorf bis Chemnitz <i>Wie Nachrichten Stimmungen beeinflussen</i>
71	Social Bots als Gefahr für die Demokratie <i>Können Algorithmen unsere Debatten steuern?</i>
81	Diesel-Lüge und Weinanbau auf Grönland <i>Wenn wissenschaftliche Erkenntnisse nicht mehr zählen</i>

## Vorwort

- 98 Anschläge und Katastrophen  
*Wettlauf gegen die Desinformation*
- 109 Was schlecht ist, ist schlecht – auch wenn es nicht  
gesagt wurde  
*Erfundene Meldungen und Zitate*
- 119 Darf alles Satire sein?  
*Fake News unter dem Deckmantel des Humors*
- 126 George Soros – der Antichrist  
*Personifizierung einer Verschwörungstheorie*
- 136 Teilen und herrschen  
*Russlands Propagandastrategien*
- 149 Selbstjustiz, ethnische Konflikte und Kriege  
*Wenn Fake News töten*
- 156 Desinformation und Fake News  
*Wie sich das politische Klima wandelt*
- 165 Anmerkungen

»Alternative Fakten« – Donald Trump, der zurzeit wohl mächtigste Mann der Welt, hat diesen Begriff zum Leitmotiv seiner Politik gekürt und damit eine neue Epoche eingeleitet. Eine Epoche, in der die Grenzen zwischen Meinung und Fakten verschwimmen, in der wissenschaftliche Erkenntnisse nicht mehr zählen und in der sich durch das ständige Wiederholen unzähliger kleinen Falschbehauptungen erst alternative Fakten und dann alternative Realitäten entwickeln. Ein politischer Klimawandel wurde in Gang gesetzt, der Debatten polarisiert und anheizt, die Basis eines von Vernunft geleiteten Diskurses schmelzen lässt und so die Grundlage aller demokratischen Entscheidungen aushöhlen und zum Einsturz bringen kann. Ob in den USA, in Skandinavien, Russland, Großbritannien, Ungarn, Österreich oder Deutschland – die Mechanismen gleichen sich. Die vielen kleinen Fake News, die halben Wahrheiten und glatten Lügen sind Mosaiksteine, die erst zusammengesetzt ein größeres Bild ergeben.

Insbesondere Medien sind mit gezielten Falschmeldungen konfrontiert. Wer Fake News in die Welt setzt, fordert Journalistinnen und Journalisten heraus, versucht, ihre Glaubwürdigkeit zu zerstören. Diverse Medien reagieren auf diese Angriffe und haben damit begonnen, Zahlen und Zitate noch intensiver zu prüfen und gezielte Falschmeldungen zu widerlegen. Das sogenannte Factchecking, also das Prüfen von Informationen und

deren Quellen, gehört von jeher zum Handwerkzeug des Journalismus, es hat jedoch in der postfaktischen Ära noch einmal massiv an Bedeutung hinzugewonnen.

Ich selbst arbeite als Faktenchecker, bin tagtäglich mit wahren und erfundenen Informationen, mit tatsachenbasierten und gezielt falschen Behauptungen konfrontiert. In meiner Arbeit ist mir in den vergangenen Jahren immer deutlicher geworden, dass der Journalismus zwar einen wichtigen Beitrag gegen gezielte Falschmeldungen leisten kann, dass er jedoch nicht in der Lage ist, das Problem im Alleingang zu bewältigen. Ein zunehmender Verfall der bisherigen öffentlichen Kommunikation und wachsende Verunsicherung betreffen Politik, Kultur, Medien und auch jedes Individuum, das in einer komplexen, unübersichtlichen und oft widersprüchlichen Welt nach Halt und Orientierung sucht. Durch den Siegeszug der sozialen Medien sind zudem Millionen von Internetnutzern zu Sendern geworden und politische Debatten werden mittlerweile vor allem im Netz geführt.

Eine moderne Demokratie benötigt daher eine digitale Zivilgesellschaft, die mit Mut und Medienkompetenz munitioniert wird, um sich gegen Angriffe durch Fake News, Hass-Inhalte und Kampagnen zur Desinformation wehren zu können. Aufklärung ist gefragt und mit diesem Buch möchte ich meinen Beitrag dazu leisten. Es soll all jenen Orientierung geben, die mit Falschmeldungen und Verschwörungsliegenden konfrontiert sind und sich gegen die Desinformation wappnen wollen. Dabei mache ich mir allerdings keine Illusionen: Wie ich aus meiner Arbeit weiß, ist es extrem schwer, tatsächlich auch jene zu erreichen, die sich bereits in eine alternative Realität begeben haben. Das wird mir wohl auch mit diesem Buch nicht gelingen. Viele von ihnen sind quasi verloren.

Die Beispiele in den folgenden Kapiteln haben eines gemein: Den geschilderten Falschmeldungen und Desinformationskampagnen liegt das Motiv zugrunde, die Gräben in einer polarisierten und fragmentierten Gesellschaft zu vertiefen, Glaubwürdigkeit zu zerstören und gesellschaftliche Konflikte anzuheizen. Ich sage deshalb: Das Ignorieren von Fake News kann keine Option sein. Die Öffentlichkeit beginnt gerade erst zu verstehen, welche Gefahr ihr droht – umso dringender ist es, das Phänomen einmal in seiner Vielfältigkeit zu erfassen und damit der Debatte eine Basis zu geben.

*Patrick Gensing, im Juni 2019*

## Eine Falschmeldung geht auf Reisen

Angela Merkel und die zwölf Millionen Einwanderer

»Angela Merkel hofft auf 12 Millionen Einwanderer!« Ein Satz, der sich in das digitale Gedächtnis gefressen hat: Mehr als 100 000 Treffer bietet Google der Öffentlichkeit dazu an. Dutzende Nachrichtenenseiten und Blogs zitieren einen Wunsch der Kanzlerin, den sie allerdings nie geäußert hat. Woher stammt die Falschinformation? Wie kommt sie zustande? Das Online-Portal Wochenblick aus Österreich veröffentlicht im März 2017, also zu Beginn des Bundestagswahlkampfs in Deutschland, die Nachricht über die vermeintliche Aussage der damaligen CDU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidatin. »Man muss es heute schon aus britischen Medien erfahren«, schreibt der Wochenblick und verlinkt dabei auf das britische Boulevardblatt *Express*: Es gebe »ein geheimes Papier der deutschen Bundesregierung, welches die Masseneinwanderung nach Deutschland feiert«. Und weiter: »Kritiker sagen, dass dieses Strategiepapier den Volks-Austausch in Deutschland dokumentieren würde.«<sup>1</sup> Das klingt skandalös – und die Meldung wirkt: Tausende Personen teilen den Link in sozialen Medien wie Facebook und Twitter, verschicken ihn per WhatsApp. Dazu berichten diverse Online-Portale mit Namen wie »Freie Welt«, »Deutsche Lobby« oder »Truth24«. In dem kurzen Absatz aus dem Wochenblick finden sich gleich mehrere Thesen, die das Blut der Leserinnen und Leser in Wallung bringen sollen und die sich in etwa so zusammenfassen lassen: Die Bundesregierung be-

grüßt im Geheimen eine Masseneinwanderung. Deutsche Medien decken diese versteckten Machenschaften. Das wichtigste Ziel der Politik lautet, möglichst viele Menschen aus dem Ausland nach Deutschland zu lotsen.

Nichts davon stimmt. Die Geschichte hinter der Geschichte geht so: Der Wochenblick bezieht sich bei seiner Berichterstattung auf einen bereits Wochen zuvor publizierten Beitrag des britischen Boulevardblatts *Express*, wie ein Klick auf einen Link in dem Text zeigt.<sup>2</sup> Der *Express* wiederum offenbart, dass er sich auf einen Bericht der *Rheinischen Post* beruft. Von einer etablierten deutschen Tageszeitung über ein britisches Boulevardblatt in eine österreichische Gazette und von dort wiederum in deutsche Blogs – eine Art journalistische »Stille Post« einmal quer durch Europa. Wie bei dem Kinderspiel verstehen alle etwas anderes, denken sich ihren Teil dazu oder lassen etwas weg. Dazu kommen oft ungenaue oder sogar ganz falsche Übersetzungen, die den Sinn entstellen.

Die Lust auf Empörung und Verschwörungen trübt offenkundig das Urteilsvermögen: Denn die Tatsache, dass sich der britische *Express* auf eine Zeitung in Deutschland bezieht, widerlegt bereits die Behauptung, man müsse sich auf britische Medien verlassen, um über die deutsche Regierung Bescheid zu wissen. Mit anderen Worten: Oft reichen bereits ein Klick und kurzes Nachdenken, um starke Indizien für eine unseriöse und tendenziöse Berichterstattung zu erkennen. Manchmal ist es ganz einfach und im Journalismus ist es wie im »wahren Leben«: Wenn mir jemand eine geradezu unglaublich klingende Geschichte erzählt, ist Skepsis angesagt. Also frage ich: »Woher weißt du das?« Und bewusst oder unbewusst kommt die Überlegung: Halte ich den Menschen, der mir diese Story auftischt, für glaubwürdig? Nach diesem Prinzip funktioniert auch Quellenprüfung im

Journalismus. Die erste Frage muss daher lauten: Woher hat der *Express* eigentlich seine Information? Antwort: aus deutschen Medien. Wie plausibel ist es dann, dass man solche Berichte nur in britischen Medien findet? Überhaupt nicht. Die Angaben widersprechen sich – was weder für die Meldung an sich noch für die journalistische Sorgfalt desjenigen spricht, der sie verbreitet.

Auch die Behauptung des britischen Boulevardblatts, allein im Jahr 2015 seien 2,2 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert, ist irreführend, denn der Autor des Beitrags lässt wichtige Tatsachen weg, damit seine kommentierende Überschrift mit Blick auf die Bundesregierung »Haben sie denn gar nichts gelernt?« nicht verwässert wird. So verzeichnet das Statistische Bundesamt für 2015 tatsächlich die höchste Zahl der Zuzüge – wenig überraschend angesichts der massiven Fluchtbewegung in diesem Jahr.<sup>3</sup> Das Bundesamt führt auf, es seien insgesamt 2 137 000 Personen nach Deutschland zugezogen. Allerdings hätten in dem Berichtsjahr im Gegenzug 998 000 Menschen die Bundesrepublik wieder verlassen, davon 859 000 ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Unter den Zugewanderten sind den Statistiken zufolge zudem 121 000 Deutsche. Damit ergibt sich ein Wanderungsüberschuss von 1 139 000 Personen – und darunter waren auch Deutsche. Dennoch schreibt der *Express*, Deutschland sei von 2,2 Millionen Migranten »überflutet« worden.

Eine Suche in einer handelsüblichen Suchmaschine reicht aus, um die nächste Unterstellung im Bericht des österreichischen Wochenblicks über das »Geheimpapier« zu entzaubern, wonach die Bundesregierung im Verborgenen das Volk hintergehe. Denn bei dem vermeintlichen Geheimpapier handelt es sich keinesfalls um ein brisantes Dokument, das in einem Keller des Kanzleramts in einem Safe schlummert, sondern um eine Analyse, erstellt im Auftrag des Bundesinnenministeriums.

Die Untersuchung ist nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern weltweit für alle Menschen zugänglich, die über einen Internetzugang verfügen. Das Ministerium veröffentlicht die Analyse am 1. Februar 2017 – inklusive Pressemitteilung und Link zu dem 72-seitigen Papier, das den Titel trägt »Jedes Alter zählt – Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen«.<sup>4</sup> Es handelt sich dabei auch nicht um einen Plan oder ein Geheimpapier, sondern um die »demografiapolitische Bilanz der Bundesregierung zum Ende der 18. Legislaturperiode«. In etwas hölzernem Deutsch kommen die Autorinnen und Autoren zu dem Schluss, dass »sich die Bevölkerung insgesamt und auch die Erwerbsbevölkerung aufgrund der Zuwanderung und der Stabilisierung der Geburtenrate deutlich stabiler entwickeln« werde, »als noch vor wenigen Jahren erwartet«. Im Folgenden werden verschiedene Herausforderungen aufgezählt, die sich durch die Bevölkerungsentwicklung stellen – beispielsweise höhere Ausgaben für Bildung, da es mehr Kinder gibt als vor Jahren noch angenommen, oder steigende Kosten für Pflege, da die Zahl der älteren Menschen wächst und die Lebenserwartung weiter steigt.

Zudem – und hier kommen wir zum Kern der Analyse – werden verschiedene Szenarien entworfen, wie sich die Zuwanderung entwickeln könnte. Die Szenarien sollen künftigen Regierungen sozusagen als »Leitplanken« dienen, ganz unabhängig davon, wer das Kanzleramt einmal führen wird. Da niemand die Zukunft voraussagen kann, ist es ein übliches Vorgehen, mehrere Möglichkeiten zu skizzieren: Das Statistische Bundesamt rechnet beispielsweise auch mit unterschiedlichen Varianten, um die mögliche Entwicklung der Bevölkerung zu erfassen. Bezieht man diese verschiedenen Szenarien auf das Jahr 2060, ergibt sich zwischen den Berechnungen eine mögliche Differenz von rund 15 Millionen Menschen – und das bei gut 80 Millionen Einwohn-

nern. Das Beispiel zeigt, mit wie viel Vorsicht solche Berechnungen zu genießen sind.

Ebenso wie das Statistische Bundesamt entwerfen die Autoren der angeblich geheimen »demografepolitischen Bilanz der Bundesregierung« verschiedene Annahmen. Eine davon geht bis zum Jahr 2060 von 100 000 Zuwanderern jährlich aus, eine andere von 200 000, wieder eine andere von 300 000. Als Basis für diese Annahmen dienen Durchschnittswerte der vergangenen Jahre oder Jahrzehnte. Im Kontext der Meldung über den angeblichen »Geheimplan« lautet der entscheidende Satz: »Aus bevölkerungswissenschaftlicher Sicht erscheint auch eine höhere dauerhafte Zuwanderung von 300 000 möglich.« Die eingangs erwähnte Zahl von 12 Millionen findet sich allerdings nicht in der Analyse, das britische Boulevardblatt *Express* rechnet die genannten 300 000 möglichen Zuwanderer einfach auf die nächsten vierzig Jahre hoch und kommt dadurch auf diesen Wert. Dabei betonen die Autorinnen und Autoren der demografischen Analyse ausdrücklich, es handle sich um Modellrechnungen, die »nicht als Prognosen zu verstehen« seien. Denn die Entwicklung von Migration schwankt sehr stark, wie die vergangenen Jahrzehnte gezeigt haben, und lässt sich dementsprechend kaum abschätzen, vor allem nicht über mehrere Jahrzehnte. Daher werden seitens der Wissenschaft verschiedene Szenarien entworfen – mit hohen und niedrigen Annahmen, die der Politik Hinweise bieten sollen, wie sich Zuwanderung und Bevölkerungszahl entwickeln könnten.

Dass derartige Berechnungen gern dazu verwendet werden, um Horrorszenerien an die Wand zu malen, zeigt ein Blick in die Geschichte. So wird seit mehr als hundert Jahren immer wieder behauptet – auf Basis von angeblich unbestechlichen Statistiken –, das deutsche Volk gehe unter, sterbe aus oder werde »ausgetauscht«. Die Stichwortgeber der NS-Ideologie warnten bereits

vor 1933, der »deutsche Volkskörper« müsse gegen das Aussterben geschützt werden. Doch nicht nur in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus finden die Untergangspropheten ihre Leserschaft, auch danach bleiben solche Szenarien populär. Der Historiker Volker Weiß hat die Geschichte der deutschen Untergangsliteratur untersucht und aufschlussreiche Details ans Tageslicht gefördert. Er macht deutlich, dass etwa die Texte von Thilo Sarrazin Beispiele eines Phänomens sind, das sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland immer wieder finden lasse – nämlich »die Beschwörung des Untergangs der eigenen Kultur, meist in Verbindung mit demografischen Berechnungen«. <sup>5</sup> Auch die vorgeschlagenen Heilmittel gleichen sich: die »Stärkung« der Nation durch Disziplinierung der Masse bei Absonderung des »sozialen Ballasts« und Herausbildung einer nationalen Elite. Um sachliche Objektivität zu suggerieren, werde mit angeblich unumstößlichen Zahlen gearbeitet.

Was bleibt also von den »Enthüllungen« über geheime Pläne, die von Regierung und deutschen Medien verschwiegen würden? Gar nichts. Weder ist das Papier geheim, noch wird es verschwiegen oder hofft die Regierung auf möglichst viele Menschen, die zuwandern. Dieses Beispiel vereint beispielhaft mehrere typische Eigenschaften von Fake News: Die Geschichte ist nicht komplett frei erfunden, sondern basiert auf einem wahren Kern, nämlich den Szenarien zur Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland. Dieser wahre Kern – oft eine Zahl aus einem wenig spektakulären Papier – wird aus dem Kontext gerissen und mit erfundenen Details »angereichert«. Das Papier sei ein geheimer Plan, heißt es dann. Dabei handelt es sich um eine Analyse, die problemlos zugänglich ist. Dazu wird gesagt, Merkel hoffe auf zwölf Millionen Menschen, die ins Land kommen – dabei enthält das Papier zur Bevölkerungsentwicklung weder eine

politische Bewertung, noch hat sich Merkel entsprechend geäußert. Gezielt wird der Geschichte also ein »Spin« verpasst, eine Botschaft, ein Narrativ, das viele, auch ohne dass es ausdrücklich formuliert wird, verstehen: Merkel und »die Politik« wollen im Geheimen möglichst viele Menschen nach Deutschland und Europa holen, um die »Einheimischen« zu verdrängen. Eine von zahllosen falschen Meldungen zur Verschwörungslgende vom »Volksaustausch«.

Bei Fake News handelt es sich um bewusst irreführende Meldungen, die gezielt verbreitet werden, um eine bestimmte Botschaft zu transportieren oder um eine bestimmte Absicht zu verfolgen. Fake News zielen darauf ab, Menschen zu verwirren, zu manipulieren und zu desinformieren, ohne dass diese es merken. Fehler, die unbeabsichtigt passieren und die korrigiert werden, sind keine Fake News, denn sie geschehen nicht mutwillig und gezielt, sondern versehentlich. Aus journalistischen Fehlern können aber Fake News entstehen. Ebenfalls keine Fake News sind Meldungen, die nach bestem Gewissen und journalistischen Grundregeln sauber recherchiert werden und sich später dennoch als unvollständig oder sogar falsch erweisen, da ganz neue Erkenntnisse auftauchen, die das Geschehen in einem anderen Licht erscheinen lassen. Diese Unterscheidung ist zentral und elementar wichtig. Es macht einen Unterschied um das Ganze, ob jemand bewusst irreführende Meldungen verbreitet oder ob einer Journalistin oder einem Journalisten ein handwerklicher Fehler unterläuft.

Allerdings bewegen wir uns beim Thema Desinformation, Fake News und journalistischen Fehlern oft in einer Grauzone. Fehler im Journalismus – seien es unzulässige Verkürzungen, falsche Zusammenhänge, Übertreibungen oder Ungenauigkeiten – können ähnlich fatale Auswirkungen haben wie bewusst

irreführende oder komplett erfundene Meldungen. Solche Fehler sind häufig Resultat des sogenannten Poor Journalism, eines schlechten Journalismus, der schlicht auf mangelnde journalistische Verantwortung oder Skrupellosigkeit zurückgehen kann, zugleich aber auch durch negative Entwicklungen in der Medienwelt begünstigt wird, nämlich durch den ökonomisch bedingten Mangel an Ressourcen, Qualifikation oder Zeit.

Auch verkaufen Journalistinnen und Journalisten bisweilen Erkenntnisse von Sicherheitsbehörden oder anderen Quellen als Fakten, obwohl es sich oft lediglich um einen Verdacht handelt oder Informationen gezielt »durchgestochen« werden. Höchst problematisch sind auch mediale Vorverurteilungen, wenn bei Straftaten Verdächtige öffentlich der Tat bezichtigt werden – und sich später deren Unschuld herausstellt. Dies gilt für die Betroffenen solcher Berichte, aber auch für öffentliche Debatten, die in derartigen Fällen auf falschen Prämissen basieren. Gezielte Falschmeldungen können durch verschiedene Darstellungsformen transportiert werden, die die Botschaft der Fake News unterstützen, durch Bilder oder Videos, die aus dem jeweiligen Kontext gerissen werden, oder durch verkürzte, sinnenstellende oder gar erfundene Zitate.

Eine einzelne Lügengeschichte kann nicht viel bewirken, sie verhält in den Echokammern des Internets. Das Narrativ dahinter ist entscheidend, es stellt einen Kontext her, verleiht der jeweiligen Falschmeldung eine Relevanz für diejenigen, die sie empfangen und dadurch sich und ihre Weltsicht bestätigt sehen. Wirksam sind gezielte Falschmeldungen daher vor allem als Teil von Kampagnen zur Desinformation, mit denen öffentliche Debatten manipuliert und möglichst sogar gelenkt werden sollen – insbesondere vor Abstimmungen, Referenden und Wahlen.



## Die totale Revolution

*Warum nicht nur junge Leute Medienkompetenz lernen müssen*

Um zu verstehen, wie radikal die digitale Revolution unser Leben verändert, muss man gar nicht so weit zurückschauen. Es reicht sich an vergangene Jahrzehnte zu erinnern. Vor gar nicht allzu langer Zeit gab es viele Menschen, die waren während des Sommerurlaubs wochenlang nicht zu erreichen. Sie schrieben Postkarten mit wenig substanzialen Informationen über Wetter, Unterkunft und regionale kulinarische Spezialitäten. Ferngespräche waren möglichst für Notfälle vorbehalten, denn sie schraubten die Telefonrechnung schnell in schwindelerregende Höhen und sorgten in vielen Familien für allmonatliche Auseinandersetzungen. In Jugendherbergen, Ferienwohnungen und Wohngemeinschaften war neben dem Telefon ein kleiner Apparat angebracht, der unerbittlich die Einheiten zählte, in Notizbüchern oder Schreibblöcken mussten die Anrufer vor und nach dem Telefonat den Stand des Zählers notieren, um die Kosten auf die Verursacher umzulegen. Wollten die Menschen von unterwegs telefonieren, mussten sie zunächst eine Telefonzelle finden, gegebenenfalls Leute fragen, die bestimmt nicht Alexa oder Siri hießen, oder danach suchen – in der ganz realen Umgebung, nicht auf Google Maps. Stand man endlich in der Zelle, war die Luft darin stickig und zugig zugleich. Im »Örtlichen Telefonbuch«, das irgendetwas immer nach feuchtem Keller roch, fehlte stets genau die Seite mit dem Anfangsbuchstaben des gewünschten Teilnehmers.

Entweder war sie herausgerissen oder verkokelt. Hatte man dann doch den gewünschten Gesprächspartner erwischt, musste man während des Telefonats ständig Kleingeld in den Apparat stecken. Die Gespräche endeten zumeist mit dem Satz: »Ich glaube, ich bin jetzt gleich weg!« Draußen klopfen unterdessen andere ungeduldig gegen die zerkratzte Scheibe. Die Menschen empfanden es dennoch als Luxus, dass es quasi überall Telefone gab. Die Funktionen, die heute Smartphones anbieten, standen nicht einmal der Besatzung des Raumschiffs Enterprise zur Verfügung.

So eingeschränkt die Kommunikationsmöglichkeiten waren, so übersichtlich war die Versorgung mit Neuigkeiten. Die *Tageschau* um 20 Uhr war das viel beschworene Lagerfeuer sowie der Taktgeber der Nation. Sie bot nicht nur inhaltliche Orientierung, sondern strukturierte den Tagesablauf, beendete das Tagewerk, läutete den Abend ein. Der Inhalt der Sendung, das Aussehen der Sprecher sowie die Themengewichtung wurden von Mutti oder Opa direkt in den Fernseher kommentiert. Jeder halbwegs »anständige« Haushalt hatte zudem eine regionale Tageszeitung abonniert, die am Wochenende wegen Tausender Anzeigen für Jobs, Wohnungen, Pkw oder Ferienwohnungen das Gewicht eines Ziegelsteins hatte und eine besonders große Leserschaft erreichte. Der Bahnhofskiosk verkaufte neben einigen großen Tageszeitungen eine Lokalzeitung, *Stern* und *Spiegel* sowie noch ein bis zwei rechtsradikale Blätter, die von heldenhaften deutschen Soldaten und verkommenen Ausländern sowie vaterlandslosen Kommunisten berichteten. Subkulturen gaben »Fanzines« heraus, um sich abseits der großen Nachrichtenkanäle eine kleine Nische zu schaffen.

In der DDR unterschieden sich die Erwartungen an Medien prinzipiell nicht von denen in der Bundesrepublik: Radio zum Frühstück, lokale Informationen aus regionalen Zeitungen,

Nachrichten über das Weltgeschehen in großen Zeitungen und dem Fernsehen. Anders sah es natürlich mit der Pluralität aus: Günter Schabowski, damals Chefredakteur des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland*, brachte die Erwartungshaltung der SED an die Medien 1981 auf die Formel: »Was nützt dem Sozialismus was nützt der DDR?« Wenn man gerade die Wirtschaftsbeziehungen mit Japan oder Skandinavien verbessern wolle, werde über diese Staaten eben anders berichtet als über die »imperialistischen Hauptländer«. Kurz gesagt: Was und wie berichtet wurde, gab die Partei als das Machtzentrum des Staates vor. Selbst in Detailfragen mischten sich die Agitationssekretäre der SED oder der Generalsekretär persönlich ein.<sup>1</sup> Wenig verwunderlich, dass solche Erfahrungen im DDR-Alltag bei vielen Menschen ein tiefes Misstrauen gegen Medien hinterlassen haben.

Und heute? Mit den Kommunikationskanälen der Menschen hat sich auch ihr gesamtes soziales Umfeld geändert. Es ist viel stärker als damals von der direkten geografischen Umgebung entkoppelt. Man hat heutzutage nicht nur über diverse Endgeräte Zugang zu unzähligen Medien, man kann auch jahrelang nebeneinander in einem Haus wohnen – und dennoch problemlos in vollkommen unterschiedlichen Welten leben. Nicht nur Wirtschaft und Politik haben sich globalisiert, sondern auch die individuelle Lebenswelt ist global geworden. Das Internet funktioniert dabei als Informationskanal und zugleich als Kommunikationsraum, in dem die etablierten Medien wie Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen mit unzähligen anderen Sendern wetteifern. Sie konkurrieren mit zahlreichen kleineren Blogs und Nachrichten-seiten, die entweder blinde Flecken in der Berichterstattung der Etablierten ergänzen oder durch Zuspitzung und Übertreibung versuchen, Aufmerksamkeit zu ergattern. Der Austausch und die Rezeption der Informationen ergeben dann das, was gemeinhin

als öffentliche Meinung bezeichnet wird. Das Individuum tritt dabei nicht mehr nur als Konsument einiger weniger Nachrichtenkanäle auf, sondern kann sich den Überblick aus Dutzenden Quellen verschaffen und durch Kommentare in verschiedenster Form auch noch selbst zum Sender werden.

War der Alltag früher unbeschwerter? Lebte man ahnungslos und doch glücklich hinter dem Mond? Waren die Diskussionen weniger populistisch und tiefergründiger? So einfach ist es sicherlich nicht. Wer sich Leserbriefe in Zeitungen und Zeitschriften aus diesen Jahrzehnten anschaut, stößt auf erstaunlich viele Parallelen zu heutigen Textbausteinen aus Internetkommentaren. Doch die Möglichkeiten, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, Medien direkt zu kritisieren oder zu attackieren, »alternative Medien« zu etablieren, waren weit eingeschränkter. Journalistinnen und Journalisten waren »Gatekeeper«, die durch ihre The-mensetzung und Berichterstattung weitestgehend die Basis für den öffentlichen Diskurs legten.

Die totale Mediatisierung der Alltagswelt verändert nicht nur unseren Nachrichtenkonsum und damit unsere Wahrnehmung der Welt, sondern auch soziale Beziehungen wie Freundschaften oder den Großteil unserer Kommunikation. Folgt man der Auffassung, dass die soziale Wirklichkeit des Individuums und somit alles, was wir gemeinhin als politische Realität bezeichnen, das Ergebnis von Kommunikation darstellt, wird klar, wie fundamental die Veränderungen durch die digitale Revolution sind. Alles das, was wir mit Begriffen wie Gesellschaft, Kultur oder Öffentlichkeit zu fassen versuchen, basiert letztendlich auf Kommunikation zwischen Menschen. Und wenn sich die Kommunikation tiefgreifend verändert, wird dies zwangsläufig dazu führen, dass sich »Gesellschaft als kommunikative Veranstaltung, dass sich Politik, Kultur und Alltag, dass sich

Erfahrungen, Sozialisation und Identitäten wandeln, weil sie über Kommunikation konstruiert und durch immer mehr Medien vermittelt sind«, analysierte bereits 2007 der Kommunikationswissenschaftler und Soziologe Friedrich Krotz.<sup>2</sup>

Dass sich Gesellschaften durch neue Kommunikationsmöglichkeiten wandeln, ist nichts Neues, nur manchmal sind die Umbrüche besonders radikal – im wahrsten Sinne des Wortes: Die Kommunikation verändert sich von der Wurzel. Das schafft Verunsicherung. Denn alle diejenigen, die heute älter als vierzig Jahre sind, somit auch quasi alle, die Entscheidungen tragen, wurden in einer nach heutigen Maßstäben antiquierten Welt sozialisiert, haben dort ihre Konsumgewohnheiten und Medienkompetenz entwickelt. Sie sind damit aufgewachsen, dass die Informationen nicht rund um die Uhr auf sie eingeprasselt sind. Der Nachrichtenstrom war kanalisiert, gleichmäßig und übersichtlich und ließ sich auch leichter ignorieren. Nur bei ganz außergewöhnlichen Ereignissen veröffentlichten Zeitungen Extraausgaben und informierten die Sender in Sondersendungen. Heute rauschen – ganz unabhängig von der Nachrichtenlage – vierundzwanzig Stunden am Tag, sieben Tage die Woche Informationen und Berichte durch die verschiedenen Kanäle, auf Dutzenden TV-Sendern aus verschiedenen Staaten, im Radio, in Zeitungen und Magazinen. In sozialen Medien vermischen sich sogar noch Kommunikation und der Konsum von Nachrichten, beides ist hier längst nicht mehr deutlich voneinander getrennt. Viele der Ereignisse, die heute ausführlich in Medien abgebildet werden, waren früher eine Randnotiz. Meldungen aus Lokalzeitungen können über die sozialen Netzwerke sogar international für Aufsehen sorgen. Mit anderen Worten: Viele Menschen bekommen heute viel mehr mit von Ereignissen, von denen sie früher nie gehört hätten. Beispielsweise bei der Kriminalität kann das zu einer ver-

zerrten Wahrnehmung führen: Wenn bestimmte Webseiten wie Einzelfall.info alle Meldungen zu Verbrechen in Europa bündeln, kann leicht der Eindruck entstehen, es herrsche überall nur noch Mord und Totschlag. Tatsächlich geht die Gewaltkriminalität seit Jahren zurück. Es gibt heutzutage weit mehr Nachrichten als früher, ohne dass tatsächlich mehr passieren würde. Dass sich viele Menschen von diesem Trommelfeuer überfordert fühlen, erscheint naheliegend.

Jugendliche von heute kennen die untergegangene rein analoge Welt nur durch Erzählungen. Sie wachsen mit sozialen Medien und Smartphones auf, Online- und Offline-Welt verschmelzen miteinander, beeinflussen sich gegenseitig. In diesem medialen Wust nicht die Orientierung zu verlieren ist eine riesige Herausforderung – und das spüren viele der Jüngeren. Sie wünschen sich deshalb Hilfe beim Umgang mit Fake News und Hass-Inhalten. Eine repräsentative Studie der Vodafone Stiftung Deutschland kam zu dem Ergebnis, dass drei Viertel der Befragten in der Schule über den Umgang mit Falschnachrichten und Hate Speech lernen wollen. Doch in den Klassenzimmern sei das Phänomen kein Thema, obwohl zwei Drittel der 14- bis 24-jährigen die Verbreitung von Falschnachrichten als Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sehen. Um diese zu erkennen, müssen junge Menschen Medienkompetenz entwickeln. Dass es durchaus Bedarf gibt für mehr Unterstützung durch die Schulen, zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet. Beim DIVSI handelte es sich um eine gemeinnützige Einrichtung, finanziert von der Deutschen Post AG.<sup>3</sup> Im Rahmen der Befragung sollten Jugendliche den Satz vervollständigen: »Was ich über das Internet bzw. Internetnutzung weiß, habe ich gelernt von ...« Lehrerinnen und Lehrer nannten gerade einmal 18 Prozent der Befragten (obwohl Mehrfachnennungen möglich

waren). Die Lehrkräfte stehen an letzter Stelle und kommen dann mit nach Verwandten (19 Prozent), Eltern (33 Prozent) und Freundinnen und Freunden (59 Prozent). Fast 90 Prozent gaben an, sie hätten aus eigenen Erfahrungen gelernt.<sup>4</sup> Dass sich Jugendliche vor allem selbst und gegenseitig helfen, liegt auch daran, dass sich die Altersgruppe der 14- bis 19-Jährigen schon immer intensiver mit dem Internet beschäftigt hat als andere. Die ARD/ZDF-Onlinestudie zeigt: Bereits im Jahr 2003 nutzten 92 Prozent von ihnen das Internet. Bei der Gesamtbevölkerung lag der Wert bei 53,5 Prozent. Mit steigendem Alter nahm die Nutzung immer weiter ab.<sup>5</sup> Für Jugendliche und junge Erwachsene ist das Internet schon lange kein Neuland mehr, sondern längst Alltag.

Apropos Neuland: Viele überzogen Kanzlerin Merkel im Juni 2013 mit Hohn und Spott, als sie bei einem Treffen mit dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama in Berlin sagte: »Das Internet ist für uns alle Neuland.« Es lohnt sich allerdings, das gesamte Zitat zu betrachten. Denn Merkel führt weiter aus, das Internet ermögliche »auch Feinden und Gegnern unserer demokratischen Grundordnung natürlich mit neuen Möglichkeiten und Herangehensweisen unsere Art zu leben in Gefahr zu bringen«. Sicherlich: Das Internet war 2013 längst nicht mehr für alle eine Terra incognita, so wie es auch eine unschöne Gewohnheit ist, im Namen eines nicht weiter definierten »Wir« zu sprechen. Aber Merkels Hinweis auf die Bedrohungen durch die Möglichkeiten der digitalen Revolution erscheint angesichts der Herausforderungen durch Desinformation, Fake News und Hass keineswegs so naiv und albern, wie es manche verstehen wollten.

Viele Jugendliche bewerten die digitale Welt ambivalent: Sie wird als Fluch und Segen zugleich angesehen. Aber, so legen die Studien nahe, junge Leute zeigen sich pragmatisch und realistisch. Für sie ist das Internet eine Art undurchschaubare

Mitteilung. Sie akzeptieren, dass vieles unklar bleibt, und wissen zumindest um die technischen Möglichkeiten, Bilder und andere Inhalte zu »faken«. Jugendliche und junge Erwachsene müssen – und wollen – lernen in Sachen Internet. Und das unterscheidet sie von vielen Erwachsenen, die glauben, sie hätten im Laufe ihres Lebens ausreichend Medienkompetenz erlernt – Medienkompetenz aus einer untergegangenen Epoche wohlgemerkt. Jüngere Menschen wachsen eher mit einer Unsicherheit auf, sie helfen sich gegenseitig mit Tipps und schützen sich durch Skepsis. Diese Skepsis kann auch seriösen Medien begegnen, die sich deshalb besonders darum bemühen müssen, Orientierung anzubieten und nachvollziehbare Informationen zu liefern. Nur dann können sie Misstrauen abbauen und die Jüngeren für sich gewinnen.

Mehr Medienkompetenz für junge Leute – diesem Auftrag folgen diverse Initiativen und Organisationen. Lie Detectors beispielsweise organisiert Besuche von Journalistinnen und Journalisten an Schulen, die dort Kinder und Jugendliche zu »Jugenddetektoren« ausbilden. Die jungen Lie Detectors sollen eigenständig Fake News im Netz erkennen und dazu beitragen, die Flut von irreführenden Inhalten einzudämmen. Medienkompetenz zu vermitteln stellt eine immense Herausforderung dar, vor allem für Lehrer und Lehrerinnen. Die meisten jungen Menschen kommunizieren über Snapchat, WhatsApp, informieren sich über YouTube, Instagram und Pinterest. Sie bewegen sich ganz selbstverständlich in ihrem digitalen Kosmos, während viele Lehrkräfte, von denen viele dreißig oder vierzig Jahre älter sind als ihre Schülerinnen und Schüler, staunend von den neuen Möglichkeiten hören und sich einige davon mühsam aneignen müssen.

So mag es zwar mittlerweile viele Lehrkräfte und Eltern geben, die das Internet und Social Media und dabei vor allem Facebook

nutzen, doch die jungen Menschen sind schon längst weitergezogen. Tatsächlich gilt Facebook zunehmend als Netzwerk für Ältere. In der U25-Studie aus dem Jahr 2014 findet sich ein Kapitel mit der Überschrift »Internet = Facebook«. Das soziale Netzwerk war demnach die zentrale Plattform für junge Leute. Das ist definitiv vorbei, Facebook spielt für viele Jüngere in Deutschland kaum noch eine Rolle. Wer einen Teenager in der Familie oder im Bekanntenkreis fragt, auf welchen Plattformen er oder sie aktiv ist, wird als Antwort zumeist bekommen: Snapchat, Instagram, Pinterest. Zwar wächst Facebook weiter, doch das liegt vor allem an zwei Faktoren: eine größere ältere Nutzerschaft sowie Messenger-Dienste wie WhatsApp, die Facebook einfach mit einberechnen. Experten bezweifeln, dass Facebook auf Dauer den wegbrechenden Nachwuchs durch zusätzliche Nutzerinnen und Nutzer aus älteren Zielgruppen ausgleichen kann.

Im Vorfeld der Europawahl im Mai 2019 prallen die unterschiedlichen Medien- und damit auch Lebenswelten jüngerer und älterer Menschen voll aufeinander: Das millionenfach abgerufene Video des 26-jährigen YouTubers Rezo wird zum Kristallisationspunkt eines neuen Generationenkonflikts – auf der einen Seite eine zunehmend politisierte Jugend, die sich vollkommen selbstverständlich in der digitalen Welt bewegt und von dort aus eine Klimaschutzbewegung wie »Fridays for Future« etablieren kann, auf der anderen Seite etablierte Politikerinnen und Politiker, denen jedes Verständnis von diesem und für dieses »Neuland« fehlt und die auf Rezos politische Attacke mit dem Vorwurf reagieren, es handele sich um Fake News.<sup>7</sup> Eine Unterstellung, die an der Botschaft des Videos vorbeigeht, denn Rezo präsentiert seine Meinung, unterfüttert diese aber mit zahlreichen Fußnoten und Quellen. Niemand muss seiner Einschätzung folgen, gezielte Falschmeldungen verbreitet er aber sicherlich nicht.<sup>8</sup>

Es stellt sich also die Frage, ob Jugendliche tatsächlich allein im Fokus stehen sollten, wenn es darum geht, vor Desinformation zu schützen. Was den Komplex Desinformation und Fake News betrifft, sind es offenbar mehr ältere Menschen, denen es an Überblick in der komplexen digitalen Welt mangelt, die Fake News teilen, denen die Skepsis fehlt, die zu naiv sind, was die Einschätzung der Manipulationsmöglichkeiten angeht. Dazu kommt, dass sich Ältere öfter einsam fühlen und weniger Gelegenheiten haben, sich über ihre Erfahrungen und Probleme in der Online-Welt auszutauschen.

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Kevin Munger untersucht das Online-Verhalten und die Auswirkungen auf politische Debatten von älteren Menschen und kommt zu einem mehr negativen Befund: Viele Ältere seien »allein, relativ reich, entfremdet und stecken an Orten fest, an denen sie niemanden kennen und sich wütend fühlen«, sagt er. »Und sie haben Zugang zum Internet.«<sup>9</sup> Das Pew Research Center, eine unabhängige »Denkfabrik« in den USA, stellt in einer Untersuchung fest, dass jüngere Menschen besser als ältere zwischen sachlichen Nachrichten und Meinungsbeiträgen unterscheiden können.<sup>10</sup> Eine andere Studie zeigt, dass deutlich mehr ältere als junge Leute glauben, die Nachrichten auf Facebook würden nicht von Algorithmen, sondern von Journalistinnen und Journalisten gewichtet.<sup>11</sup> Vielen Älteren fehlt offenbar schlicht das Verständnis, was technisch alles möglich geworden ist, und dass ihnen Facebook vor allem die Nachrichten präsentiert, die am ehesten ihrer eigenen Meinung entsprechen. Ihnen dürfte gar nicht bewusst sein, dass sie sich in einer Echokammer bewegen.

Keine Frage: Wir alle leben bis zu einem gewissen Grad in der eigenen Echokammer. Wichtig ist, dass man sich dessen bewusst wird und versteht, wie wichtig es ist, andere Meinungen, Perspek-

tiven und Quellen zu bemühen, um die eigene Wahrnehmung und Rezeption zu reflektieren. Forschungsteams der Universitäten Princeton und New York analysierten für eine Studie die Facebook-Nachrichten von fast 1200 Menschen in den USA. Ergebnis: Es sind vor allem ältere Leute, die dazu beitragen, dass sich auf Facebook Falschmeldungen verbreiten. Nutzer im Alter von 65 Jahren oder älter teilen »fast sieben Mal mehr« Artikel von Internetseiten, die durch Fake News aufgefallen sind, als 18- bis 29-jährige. Die Forscher und Forscherinnen verglichen die auf Facebook geteilten Links mit mehreren Listen von Webseiten, die dafür bekannt sind, Falschmeldungen zu verbreiten. Die in der Fachzeitschrift *Science Advances* veröffentlichte Studie ergibt, dass nur 8,5 Prozent der Probanden einen Link von einer dieser Seiten geteilt hatten. Diese waren jedoch zumeist älter. Und sie ordneten sich selbst eher dem konservativen Teil des politischen Spektrums zu. Begründet wird das Ergebnis mit der mangelnden digitalen Medienkompetenz älterer Menschen sowie mit einem schlechteren Erinnerungsvermögen. Dass mehr Republikaner als Demokraten Falschmeldungen weitergaben, könne dem Umstand geschuldet sein, dass während des Präsidentschaftswahlkampfs 2016 die meisten Falschmeldungen positiv über Trump berichteten. Wären mehr Falschmeldungen »pro Clinton statt pro Trump gewesen, hätten möglicherweise mehr Liberale als Konservative diese Inhalte geteilt«, heißt es in der Studie.<sup>12</sup>

Diese Ergebnisse hinsichtlich der politischen Richtung korrelieren wiederum mit Erfahrungen von Faktencheckern, aber auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland, die übereinstimmend feststellen, dass die meisten und wirkungsmächtigsten Falschmeldungen von rechts und nicht von links oder aus dem Ausland kommen. Die Stiftung Neue Verantwortung, eine Denkfabrik in Berlin, untersuchte in einer Studie

Fake News im Bundestagswahlkampf 2017 und bilanziert, einige zuvor medial geäußerte Befürchtungen seien nicht eingetreten. Weder konnte die Untersuchung nachweisen, dass Fake News aus Russland signifikante Verbreitung in der Öffentlichkeit gefunden hätten, noch seien bedeutende Vorgänge im linkspopulistischen Raum festzustellen. Fake News würden in Deutschland vor allem von Rechten, Rechtspopulisten und Rechtsextremen verbreitet, heißt es in der Studie. Dabei bilde die AfD die Speerspitze der Verbreitung, in sieben von zehn dokumentierten Fällen sei sie unter den Top Ten der reichweitenstärksten Verbreiter. Das rechtspopulistische Netzwerk sei besonders in den sozialen Netzwerken (allen voran: Facebook) aktiv.

Die Studie betont allerdings auch: Nicht alle Fake News gehen allein auf das Konto der Social-Media-Kanäle. Auch redaktionelle, »klassische« Medien spielen eine Rolle. Meist sind sie ein kritisches Korrektiv und Richtigsteller falscher Informationen (genannt werden Sueddeutsche.de oder der ARD-Faktenfinder), manchmal allerdings auch versehentlicher Katalysator oder sogar bewusster Auslöser (etwa Bild.de oder Welt.de, die sich auffallend oft zum Verbreiter von Fake News machen würden). Unsauberes Arbeiten betrifft in zwei Fällen auch die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Neben Medienhäusern seien zudem staatliche Stellen oder Behörden bei der Verbreitung beteiligt und könnten selbst zum Auslöser von Fake News werden. Schuld daran sei oft eine unprofessionelle oder mindestens sorglose Öffentlichkeitsarbeit, ob von der Polizei auf Twitter oder bei der Auskunft staatlicher Stellen gegenüber Medien. In sämtlichen dokumentierten Fällen würden rechtspopulistische Kräfte diese Ungenauigkeiten nutzen und für sich instrumentalisieren.<sup>13</sup> Wer das Problem also auf junge Leute und Social Media begrenzt, macht es sich definitiv zu einfach. Das Problem ist weit größer.

1. das Problem: Fake News